

Lübke, Heinrich

Article — Digitized Version

Agrarpolitik im Umbruch

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lübke, Heinrich (1954) : Agrarpolitik im Umbruch, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 8, pp. 448-454

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131938>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Abrundung des in unserem Juliheft angeschnittenen Problems der Agrarpolitik können wir nun auch das vom Bundesminister für Landwirtschaft aufgestellte Agrarprogramm unseren Lesern vorlegen. Wenn heute die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zum Hauptfordernis der Agrarpolitik geworden ist, so kann der Weg dahin nur dann bestimmt werden, wenn man einerseits die Landwirtschaft als ein Teilgebiet der Gesamtwirtschaft begreift und wenn man andererseits die Besonderheiten des landwirtschaftlichen Produktionsvorgangs erkennt, die es verbieten, die landwirtschaftlichen Märkte in vollem Umfang dem freien Spiel der Kräfte auszusetzen. Kostensenkung durch rationelle Kombination von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln, Senkung der Betriebsmittelpreise und Verbesserung der Agrarstruktur stellen die Elemente einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dar. Von der Erhöhung des Inlandsverbrauchs und von der Ausweitung der ausländischen Absatzmärkte im Rahmen einer fortschreitenden Großraumbildung wird die Zukunft der deutschen Landwirtschaft abhängen.

Agrarpolitik im Umbruch

Bundesminister Dr. h. c. Heinrich Lübke, Bonn

Überraschend schnell und schneller als nach dem ersten Weltkrieg hat die Landwirtschaft ihre Leistungskraft wieder erreicht. Die Knappheit in der Nahrungsmittelversorgung während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren ist bei wichtigen Erzeugnissen der Landwirtschaft durch Marktfülle abgelöst worden. Die Zeiten, in denen alles abgenommen wurde, was die Landwirtschaft produzierte, sind zum Teil schon der Sorge gewichen, ob die Landwirtschaft ihre Erzeugnisse zu auskömmlichen Preisen absetzen kann. Zu dieser veränderten Situation haben einmal die großen Leistungen der Landwirtschaft in den Jahren nach der Währungsreform, zum anderen die gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten der Bundesrepublik beigetragen, aber auch die politische Entwicklung in der Welt und der daraus resultierende Drang zur Bildung politischer und wirtschaftlicher Großräume, dem sich auch Europa nicht entziehen kann. Die Landwirtschaft der Bundesrepublik und die Agrarpolitik werden damit vor neue große Aufgaben gestellt. Zum besseren Verständnis dieses Wandels ist ein Rückblick auf die Nachkriegsentwicklung von Nutzen.

VON DER KNAPPHEIT ZUR MARKTFÜLLE

Unter dem Einfluß des Krieges, der Zwangswirtschaft und der mangelhaften Versorgung mit Betriebsmitteln erreichte die landwirtschaftliche Erzeugung (Bruttobodenproduktion auf Getreidewerte umgerechnet) im Jahre 1947/48 mit 56% des Vorkriegsstandes ihren Tiefpunkt. Durch die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie und die Spaltung Deutschlands fehlten die Zuschüsse, die vor dem Krieg von Ost- und Mitteldeutschland nach Westdeutschland kamen. Inzwischen waren mehr als 10 Mill. Heimatvertriebene nach Westdeutschland eingeströmt. Der Nahrungsraum, der vor dem Kriege im Altreich 0,41 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche je Kopf der Bevölkerung betrug, war um rd. $\frac{1}{3}$ auf 0,28 ha geschrumpft. Die Nahrungsmittelversorgung der auf rd. 50 Mill. angewachsenen Bevölkerung wurde durch diese Faktoren außerordentlich erschwert.

Bei dieser Sachlage bestand die Hauptaufgabe der Agrarpolitik in der größtmöglichen Steigerung der

Erzeugung und der dazu erforderlichen Versorgung der Landwirtschaft mit den wichtigsten Betriebsmitteln. Diese Anstrengungen führten dank des Leistungswillens der westdeutschen Landwirtschaft zum Erfolg.

Die Nahrungsmittelproduktion ¹⁾

Wirtschaftsjahr	Produktion in Mill. t Getreidewert	Index 1935/36 — 1938/39 = 100
1935/36—1938/39 J.-D.	33,30	100
1948/49	26,28	79
1949/50	31,04	93
1950/51	34,37	103
1951/52	36,84	111
1952/53	37,35	112
1953/54 vorläufig	39,43	118

¹⁾ Einschl. der Erzeugnisse für gewerbliche Verarbeitung und der Erzeugung aus der Futtermittelaufzucht. Quelle: BML, Abt. VI.

Als im Mai 1950 mit der Aufhebung der Zuckerrationierung der letzte Rest der Bewirtschaftung in Fortfall kam, war der Vorkriegsstand der Nahrungsmittelproduktion schon beinahe erreicht, und die Zufuhr der Fehlmengen schien gesichert zu sein. Allerdings brachte der Ausbruch der Koreakrise Mitte 1950 die Versorgung der Bevölkerung, vom Verbraucher fast unbemerkt, noch einmal in große Schwierigkeiten. Diese Tatsache sollte eine ernste Warnung sein, die einheimische Erzeugung in Zeiten anhaltender welt-politischer Spannungen nicht zu vernachlässigen.

In den folgenden Jahren hat sich die Nahrungsmittelproduktion weiter günstig entwickelt. Sie erreichte im Wirtschaftsjahr 1953/54 bereits 118% des Vorkriegsstandes. Der Nahrungsmittelverbrauch der westdeutschen Bevölkerung wird damit zu 70 bis 75% gedeckt, allerdings ist das Verhältnis von Erzeugung zu Verbrauch bei den einzelnen Erzeugnissen durchaus unterschiedlich.

Während bei Getreide und Fetten insgesamt bedeutende Anteile des Verbrauchsvolumens eingeführt werden müssen, entspricht bei Kartoffeln die Erzeugung bereits dem Bedarf, wobei die Einfuhr von Frühkartoffeln durch Ausfuhren von Saat- und Speisekartoffeln ausgeglichen wird. Aber auch bei Butter, Zucker und Fleisch hat die Erzeugung 1953/54 den Verbrauch zu 98, 96 und 93% gedeckt. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die Bevölkerung

Selbstversorgungsgrad mit ausgewählten Agrarprodukten

Produkt	Eigenerzeugung in % des Bruttoverbrauchs		
	1951/52	1952/53	1953/54 Schätzung
Getreide insgesamt	76,7	72,9	76,6
Kartoffeln	97,0	99,6	100,0
Zucker (Weißzuckerwert)	75,2	65,5	95,7
Gemüse ¹⁾ ²⁾	87,7	84,1	88,5
Frischobst ³⁾	87,3	87,4	85,2
Fleisch insgesamt ³⁾	97,9	95,7	93,4
Fette insgesamt (Reinfett)	48,9	44,9	44,8
davon:			
Butter (Reinfett)	92,0	97,7	98,5
Pflanzenfette (Reinfett) ⁴⁾	7,7	7,1	5,7

¹⁾ Erzeugung: einschl. Haus- und Kleingärten. ²⁾ Bruttoverbrauch: einschl. der nicht abgesetzten Mengen und des Verbrauchs aus Verarbeitung. ³⁾ Ohne Schlachtfette. ⁴⁾ Einschl. Fisch- und Walöl. Quelle: BML, Abtlg. VI.

der Bundesrepublik durch natürliche Zunahme und den anhaltenden Flüchtlingsstrom aus Mitteldeutschland (1953 rd. 300 000) laufend wächst, der Verbrauch je Kopf bei den hochwertigen Nahrungsmitteln, wie die folgende Tabelle zeigt, bis in die letzten Jahre laufend angestiegen ist und teilweise (Fett, Käse, Eier) den Vorkriegsstand bereits überschritten hat.

In diesem Zusammenhang ist besonders darauf hinzuweisen, daß die Ernährungskosten in den letzten Jahren praktisch stabil gehalten werden konnten und daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten seit 1950 (Korea-Boom) in den meisten europäischen Ländern wesentlich größer war als in der Bundesrepublik. Damit wurde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt.

DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE MARKTORDNUNG

Mit fortschreitender Beseitigung der Bewirtschaftung und Aufhebung der Preisbindung, die nur noch bei Getreide, Zuckerrüben bzw. Zucker und Normaltrinkmilch mit 3% Fettgehalt besteht, erhob sich die Frage, ob die Agrarpolitik die landwirtschaftlichen Märkte dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte oder ob im landwirtschaftlichen Bereich marktordnerische Regelungen unentbehrlich seien.

Bei der Beurteilung dieser Frage ist davon auszugehen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung anerkanntermaßen anderen Produktionsbedingungen unterworfen ist als die gewerbliche Fertigung und daß auf den landwirtschaftlichen Märkten der Preis seine

Funktion als Regulator von Angebot und Nachfrage nicht im gleichen Maße erfüllt wie in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ist aus physiologischen Gründen relativ unelastisch. Dies trifft vor allem für die Massenerzeugnisse (Getreide, Kartoffeln, Grobgemüse) zu, während bei den hochwertigen Nahrungsmitteln (Fleisch, Fette, Eier) eine höhere Anpassungsfähigkeit des Verbrauchs an die Preisentwicklung gegeben ist. Einer relativ stabilen Nachfrage nach Nahrungsmitteln insgesamt steht jedoch ein durch die Witterungsschwankungen von Jahr zu Jahr stark wechselndes Angebot gegenüber. Darüber hinaus erschwert der Erzeugungsrhythmus in der Landwirtschaft — bei den Großkulturen wie Getreide, Hackfrüchten, Ölfrüchten usw. kann meist nur eine Ernte im Jahr gewonnen werden — eine kurzfristige Anpassung der Erzeugung an die Preisentwicklung. Ferner engen die Notwendigkeit zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit der alten Kulturböden Europas und die Unmöglichkeit, den größten Teil der Futterflächen (zirka 50% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche) anders als über die Aufzucht von Rindern und Schafen zu verwerten, die Beweglichkeit in der Betriebsorganisation der meisten landwirtschaftlichen Betriebe im europäischen Raum weiter ein. Schließlich ist in Zeiten rückläufiger Preise bei den Erzeugern vielfach ein marktconträres Verhalten festzustellen. Der Druck der fixen Kosten führt fast zwangsläufig dazu, die Erzeugung zu steigern, um einer Verminderung der Einnahmen auszuweichen. Alle diese Gründe bringen es mit sich, daß die Preisausschläge bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen meist viel stärker sind als bei gewerblichen Rohstoffen oder Fertigwaren. Bei Preiszusammenbrüchen treten beim Erzeuger große Kapitalverluste auf. Übermäßige Preisschwankungen erfordern hohe Risikoaufschläge beim Zwischenhandel, die sich in erhöhten Endverbraucherpreisen auswirken. Überdies lehrt die Erfahrung, daß der deutsche Verbraucher auf stabile Preise ausgesprochen positiv reagiert. Eine größere Stabilität der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugung liegt daher im Interesse sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher.

Im Agrarbereich sind somit wegen der Eigenart der landwirtschaftlichen Erzeugung und des Nahrungs-

Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauchs wichtiger Nahrungsmittel

(kg im Jahr)

Erzeugnis	1935/38	1948/49	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54 Schätzung
Getreideerzeugnisse (in Mehlwert)	110,5	123,9	111,4	98,7	98,1	96,5	96,5
Kartoffeln	176,0	219,0	199,0	184,0	179,0	174,0	173,6
Zucker (weiß)	26,0	19,5	22,9	27,4	24,6	23,7	25,2
Gemüse	51,9	59,4	42,1	49,3	43,4	43,2	47,0
Frischobst	36,3	21,7	30,2	40,3	44,3	58,4	55,4
Südfrüchte	5,7	1,4	6,1	7,7	7,8	11,0	12,5
Fleisch insges. (ohne Schlachtfett)	52,8	18,1	31,6	36,6	38,0	41,0	42,5
Nahrungsfette insges. (in Reinfett)	21,0	9,5	16,3	20,8	20,8	22,6	22,8
Butter (in Reinfett)	6,7	3,6	4,4	5,2	5,5	5,0	5,4
Trinkvollmilch einschl. Rahm	126,0	67,6	97,4	110,0	113,3	119,1	123,0
Käse	3,5	2,6	3,6	3,9	3,9	3,8	3,9
Eier	7,4	2,5	5,2	7,4	7,4	7,8	8,4
Fische (Frischgew.)	11,8	15,4	12,9	11,8	12,1	11,7	11,8

Quelle: BML, Abt. VI.

mittelverbrauchs von Natur aus nur unvollkommene Wettbewerbsverhältnisse vorhanden. Bei dieser Sachlage scheint es fehl am Platze, die landwirtschaftlichen Märkte in vollem Umfang dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Eine Politik, die auf die Unterbindung übermäßiger, volkswirtschaftlich schädlicher Preisschwankungen bei den Agrarprodukten abzielt, ist vielmehr im Zeichen der Marktwirtschaft vertretbar und in einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne des Regierungsprogramms sogar notwendig. Die gesetzliche Grundlage hierfür bilden die Marktordnungsgesetze für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, nämlich für Getreide, Zucker, Milch und Fette sowie Vieh und Fleisch. Aus den dargelegten Gründen wird die Marktordnung grundsätzlich weiterhin beibehalten werden müssen, was allerdings nicht ausschließt, daß eine Auflockerung im Rahmen der bestehenden Bestimmungen herbeigeführt werden könnte. Die Aufrechterhaltung von marktordnerischen Regelungen und bei einzelnen Produkten auch von Preisbindungen ist im übrigen kein Reservat der deutschen Agrarpolitik. Sie sind auch in der gewerblichen Wirtschaft anzutreffen; vor allem bestehen in den Grundstoffindustrien Preisbindungen, die über die Betriebsmittelpreise auch die Produktionskosten für landwirtschaftliche Erzeugnisse mitbestimmen. Darüber hinaus gelten fast überall in der Welt, selbst in Ländern mit sogenannter liberaler Wirtschaftspolitik, für den landwirtschaftlichen Bereich andere Grundsätze als für die gewerbliche Wirtschaft. Ob man in Europa nach der Schweiz, nach Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und Frankreich oder nach anderen Ländern blickt, überall unterliegen die landwirtschaftlichen Märkte einer direkten oder indirekten Regelung durch staatliche, halbstaatliche oder berufsständische Organe. Auch die USA machen hiervon keine Ausnahme. Zur Stützung der garantierten Mindestpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden dort hohe Exportsubventionen gezahlt (beispielsweise am 3. Juni 1954 55 bis 65 cts je bsh Weizen = etwa 85 bis 100 DM je t).

Ein wichtiges Instrument der Marktordnung ist die Vorratshaltung, mit deren Hilfe einmal eine Reservebildung für Notfälle ermöglicht und zum andern durch Einlagerung bei zu großem Angebot und durch Abgabe in Zeiten schwacher Anlieferung eine stabilisierende Wirkung auf die Märkte ausgeübt wird. Bei Erzeugnissen, bei denen der Verbrauch nur mit Hilfe von Einfuhren gedeckt werden kann, arbeitet die Marktordnung je nach der Art des Produktes mit Einfuhrschleusen, Mindestpreisen bzw. handelspolitischen Sicherungen, um eine Überlastung des Binnenmarktes tunlichst zu vermeiden und den einheimischen Erzeugnissen den gebührenden Vorrang im Absatz einzuräumen. Damit soll auch den 7 Millionen Menschen, die in den 2 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben Westdeutschlands ihre Existenzgrundlage finden, der Arbeitsplatz gesichert werden, zumal die gewerbliche Wirtschaft nur in beschränktem Umfang in der Lage ist, zusätzliche Arbeitskräfte aufzunehmen.

ORIENTIERUNG DER AGRARPOLITIK AN DEN GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ERFORDERNISSEN

Nun ist die Landwirtschaft nur ein Teil der Gesamtwirtschaft, wenn auch ein Teil, dessen Bedeutung für die Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten angesichts des imponierenden Aufstiegs der gewerblichen Wirtschaft vielfach zu wenig gewürdigt worden ist. Alle Bestrebungen nach einer ausreichenden Stabilität der landwirtschaftlichen Märkte müssen somit an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientiert werden. Im wesentlichen scheinen die folgenden Tatbestände wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur für die künftige Gestaltung der Agrarpolitik von ausschlaggebender Bedeutung zu sein: Ausgangspunkt ist die wesentlich größere Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik (gegenwärtig 209 Menschen je qkm gegen 171 in der Vorkriegszeit). Die ernährungswirtschaftlichen Folgen dieser starken Bevölkerungszunahme in kurzer Zeit wurden bereits dargelegt. Eine weitere Auswirkung ist hauptsächlich sozialer Art. Die dichtere Besiedlung auch der ländlichen Bezirke und die engere Verkehrsverflechtung erleichterten den Vergleich zwischen dem Lebenszuschnitt in Stadt und Land und verstärkten die Wünsche der landwirtschaftlichen Bevölkerung nach einem höheren Lebensstandard. Die Paritätsforderung der Landwirtschaft geht zum Teil auf diese Umstände zurück.

Eine weitere Folge der stark erhöhten Bevölkerungsdichte war die Notwendigkeit, die an sich schon ausgeprägte Industrialisierung Westdeutschlands noch zu intensivieren, um möglichst allen Arbeitskräften Beschäftigung und Brot zu geben.

Die hochindustrialisierte westdeutsche Wirtschaft ist dadurch in noch viel höherem Maße als vor dem Kriege mit dem Absatz ihrer Erzeugnisse auf die Auslandsmärkte angewiesen, zumal der dringlichste Nachholbedarf weiter Bevölkerungskreise des Inlandes auf fast allen Gebieten gedeckt zu sein scheint. Nach dem weitgehenden Verlust der ost- und südosteuropäischen Märkte hat sich die Ausfuhr hauptsächlich den übrigen Ländern Europas zugewandt mit dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik derzeit in der Europäischen Zahlungsunion eine einzigartige Gläubigerstellung innehat.

Die meisten Handelspartner der Bundesrepublik, die in ihrem Handelsverkehr mit ihr eine passive Außenhandelsbilanz aufweisen, suchen jedoch einen Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz vor allem mit Hilfe erhöhter Ausfuhren an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu bewerkstelligen, wobei sie im Gegensatz zu den früher für die Agrareinfuhr wichtigen ost- und südosteuropäischen Ländern hauptsächlich Veredelungsprodukte, wie Milcherzeugnisse, Vieh und Fleisch sowie Obst und Gemüse, also Produkte absetzen wollen, die die westdeutsche Landwirtschaft selbst schon beinahe in einem dem gegenwärtigen Verbrauch entsprechenden Ausmaß auf den Markt bringt. Die gebotene stärkere Außenhandelsverflechtung mit den Mitgliedstaaten der EZU wirkt sich somit zwangsläufig in einem zunehmenden Einfuhrdruck auf die landwirtschaftlichen Märkte aus.

Schließlich drängt die politische und wirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit auf die Bildung von Großräumen. Insbesondere das stark zersplitterte Westeuropa wird sich auf die Dauer zwischen den Großmächten in West und Ost nur behaupten können, wenn es sich zu einer politischen und wirtschaftlichen Einheit zusammenschließt und seine Bevölkerung in den Genuß der Vorteile eines größeren Wirtschaftsraumes bringt. Damit wird fortschreitend ein freierer Umlauf der Waren auf dem kommenden gemeinsamen Markt und ein erhöhter Wettbewerb auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse verbunden sein.

Aber selbst wenn es dazu noch nicht so schnell kommen sollte, stellt allein die Tatsache, daß sich die Inlandserzeugung bei einigen wichtigen Produkten der Landwirtschaft bereits der derzeitigen Konsumdecke nähert und zum Teil fast zwangsläufig weiter steigen wird, Landwirtschaft und Agrarpolitik in zunehmendem Maße vor eine grundlegend veränderte Situation. Der Absatz wichtiger Erzeugnisse der westdeutschen Landwirtschaft wird in Zukunft in immer stärkerem Umfang davon abhängen, ob es gelingt, den Konsum im Inland auszuweiten und zusätzliche Ausfuhrmöglichkeiten zu erschließen. Die Voraussetzungen hierfür sind nicht ungünstig. Das gegenwärtige Verbrauchsniveau ist bei weiter günstiger Zunahme des Sozialprodukts und damit des Masseneinkommens bei vielen Nahrungsmitteln noch steigerungsfähig. Auch ist das physiologische Optimum im Durchschnitt der Bevölkerung mit einem Verzehr von 2834 Kalorien (1952/53) und einem relativ niedrigen Anteil von tierischem Eiweiß noch längst nicht erreicht. Der Fleischverbrauch liegt mit etwa 42,5 kg je Kopf und Jahr heute noch fast 10 kg unter dem Vorkriegsstand. Der Milchverbrauch entspricht ihm zwar beinahe wieder, bleibt aber um 50 bis 100 kg hinter dem Verbrauchsniveau vieler europäischer Länder zurück. Auch die Ausfuhr konnte in den letzten Jahren bei einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Dosenschinken, Käse) mit Erfolg aufgenommen werden und ist zweifellos weiter ausbaufähig. Deswegen wird auf eine entscheidende Steigerung der Leistungskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft größtes Gewicht zu legen sein. Diese Forderung steht daher im Agrarprogramm der Bundesregierung obenan und ist eng verknüpft mit dem Streben nach Stärkung der sozialen Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft.

STEIGERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft bedeutet Senkung der Produktionskosten. Das kann geschehen durch Erhöhung des Ertrages, wenn die aufgewandten Kosten nicht oder nicht in gleichem Maße steigen, oder durch Senkung der Kosten, wenn der Ertrag nicht proportional zurückgeht. Die Steigerung der Erzeugungsleistung hat sich die westdeutsche Landwirtschaft in den letzten Jahren mit Erfolg angelegen sein lassen. Sie hat unter vergleichbaren natürlichen Produktionsbedingungen Erträge erzielt, die sich mit denen der Nachbarländer

durchaus messen können. Auch insgesamt genommen liegen die Hektarerträge in Westdeutschland trotz vielfach weniger günstiger Boden- und Klimaverhältnisse im europäischen Vergleich an vierter Stelle. Trotzdem sind schon wegen der Streuung innerhalb der einzelnen Betriebstypen noch Möglichkeiten zur Steigerung der Erzeugungsleistung vorhanden. Besonderes Gewicht wird aber auf die Verminderung des Aufwands gelegt werden müssen. Die Landwirtschaft kann dazu aus eigener Initiative vor allem durch rationelle Kombination von menschlicher Arbeitskraft und Arbeitshilfsmitteln sowie Verbesserung der Arbeitsdispositionen wesentlich beitragen. Sie kann damit ihre Arbeitsproduktivität steigern und Arbeitskräfte einsparen. In bäuerlichen Familienbetrieben, in denen eine Verringerung des Arbeitskräftebesatzes infolge fehlender anderweitiger Verdienstmöglichkeiten nicht tragbar ist, wird allerdings eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nur über eine gleichzeitige Erhöhung der Arbeits- und der Flächenproduktivität erzielt werden können. Gerade in diesen Betrieben wird jedoch ein voller Erfolg dieser Bestrebungen durch starke Flurzersplitterung, ungenügende Betriebsgröße und arbeitswirtschaftlich unbefriedigende Anlage der Wirtschaftsgebäude in oft beengter Dorflage unmöglich gemacht. Voraussetzung für eine entscheidende Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe ist daher eine weitgehende Beseitigung der vorgenannten Hemmnisse.

VERBESSERUNG DER AGRARSTRUKTUR

Unter den Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur steht die *Flurbereinigung* wegen ihrer günstigen Auswirkungen auf die Rationalisierungsmöglichkeiten der Betriebe an erster Stelle. Die Größe dieser Aufgabe geht daraus hervor, daß im Bundesgebiet noch 6,5 Mill. ha oder 46% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Zusammenlegung bedürfen. Besonders massiert liegen die zu bereinigenden Flächen in den Realteilungsgebieten (im Südwesten der Bundesrepublik). Der Umfang der Zersplitterung läßt sich dadurch kennzeichnen, daß rund $\frac{1}{3}$ der 2 Mill. landwirtschaftlichen Betriebe zehn und mehr räumlich voneinander getrennte Teilstücke aufweisen, während 260 000 Betriebe sogar zwanzig und mehr Parzellen bewirtschaften und innerhalb dieser Gruppe gerade die Betriebe zwischen 5 und 20 ha am stärksten vertreten sind.

In den Jahren nach 1945 fehlten zunächst die personellen und sachlichen Voraussetzungen für ein befriedigendes Umlegungsergebnis. So konnte seit 1949 die bereinigte Fläche nur von 73 000 auf 160 000 ha pro Jahr gesteigert werden. Eine wesentliche Beschleunigung der Umlegung mit Hilfe vereinfachter Verfahren ist daher dringend geboten. Nachdem der Personalbestand inzwischen erweitert und durch das am 1. Januar 1954 in Kraft getretene Flurbereinigungsgesetz auch eine einheitliche Rechtsgrundlage geschaffen worden ist, hängt das Tempo in den Fortschritten der Flurbereinigungsergebnisse weitgehend von den verfügbaren Mitteln ab. Da sich die Aufwendungen für

die Zusammenlegung, von den Verwaltungskosten abgesehen, durchschnittlich auf 475 DM je ha belaufen, ist es trotz der günstigen Auswirkungen dieser Maßnahme auf die künftigen Betriebsergebnisse gerade den kleineren Betrieben kaum möglich, diese Mittel von sich aus in wenigen Jahren aufzubringen, wie es bei Beschleunigung der Verfahren erforderlich wird. Daher haben bisher schon die Länder, in deren Zuständigkeit die Durchführung der Flurbereinigung liegt, und die Bundesregierung, allerdings hauptsächlich aus ERP-Mitteln, erhebliche Beträge für die Förderung der Flurbereinigung bereitgestellt. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung dieser Maßnahme ist im Bundeshaushalt 1954 erstmalig der ansehnliche Betrag von 50 Mill. DM (im Vorjahr 1 Mill. DM) für diesen Zweck bewilligt worden. Davon werden 30 Mill. DM als Zuschüsse und 20 Mill. DM als Kredite mit billigem Zinssatz zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen etwa 89 Mill. DM aus Ländermitteln, und etwa $\frac{1}{3}$ der Aufwendungen müssen die Betriebe — teilweise durch Aufnahme von Krediten — selbst tragen. Auf diese Weise wird es möglich sein, das Umlegungsergebnis laufend wesentlich zu steigern, wenn auch künftig ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Über das wirtschaftliche Ergebnis der Flurbereinigung läßt sich sagen, daß den einmaligen Kosten in obengenannter Höhe eine dauernde Verminderung der Kosten für Auf- und Abrüstung der Arbeitsvorgänge und der unproduktiven Wege gegenübersteht. Im ganzen gesehen wird die Aufwandsvermehrung durch eine überproportionale Ertragssteigerung weit mehr als ausgeglichen. Nach umfangreichen schweizerischen Untersuchungen, die sich auf einen verhältnismäßig langen Zeitraum erstrecken, ergibt sich eine Gesundung der gesamten Betriebsstruktur durch die Zusammenlegung der Grundstücke, Schaffung eines geordneten Wege- und Grabennetzes sowie durch die Vornahme von Meliorationen im Zuge des Verfahrens. Im einzelnen ergab sich dabei eine durchschnittliche Verminderung des Arbeitsaufwandes um 10 bis 25 % des Rohertrages, während die erzielbaren Ertragssteigerungen zwischen 20 und 30 % lagen. In der bayerischen Gemeinde Paulushofen, in der die Flurbereinigung bereits vor etwa 20 Jahren durchgeführt wurde, konnte eine Einsparung an menschlichen Arbeitskräften von 14 % und an tierischen Zugkräften von 18 % erzielt werden. Die Ernteerträge stiegen gleichzeitig um 20 %, die Gesamtviehbestände um 30 % und der Milchviehbesatz sogar um 50 %. Da man neuerdings schärfer zusammenlegt als damals, kann in Zukunft mit noch wesentlich günstigeren betriebswirtschaftlichen Ergebnissen gerechnet werden. Vielfach wird durch die Flurbereinigung der Einsatz motorischer Kraft überhaupt erst ermöglicht. Nach erfolgter Flurbereinigung stieg die Zahl der Schlepper in verschiedenen Gemeinden von 0 bis 3 auf 13 bis 15. Mit dem Schleppereinsatz steigt gewöhnlich auch der Intensitätsgrad der gesamten Bewirtschaftung.

Nach einer Untersuchung des Schweizer Hünli betrug der Reinertrag in einem zersplitterten Betrieb mit

24 Grundstücken 20 sfrs., in einem nach landesüblichem Maßstab zusammengelegten Betrieb mit 7 Grundstücken 93 sfrs. und bei einem völlig arrondierten Betrieb (Einplanhof) 377 sfrs. je ha.

Volkswirtschaftlich gesehen ergibt die Flurbereinigung eine indirekte Erweiterung des Nahrungsraumes, die um so wichtiger ist, als das Wachstum der Städte und der sonstige Landbedarf alljährlich die landwirtschaftliche Nutzfläche verringern. Die 1953 bereinigte Fläche von 160 000 ha entspricht bei einer durchschnittlichen Ertragssteigerung um 25 % einer Neulandgewinnung von etwa 40 000 ha.

Im Rahmen der Flurbereinigungsverfahren wird neuerdings auch die Aussiedlung stärker betrieben. Sie hat einmal zum Ziele die Entstehung von arrondierten Höfen oder wenigstens von Weilern und eine intensivere Bewirtschaftung der Randflächen der Feldmark, zum anderen bietet sie durch Entlastung beengter Dorflagen eine Möglichkeit zu besserer Hofgestaltung in den Dörfern und eine Verkürzung der Entfernungen zwischen dem Dorf und den jeweiligen Betriebsflächen.

Durch die Flurbereinigung kann trotz ihrer überragenden Bedeutung für die Verbesserung der Agrarstruktur die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß zu kleine Betriebe vielfach auch nach der Umlegung für die bäuerliche Familie noch immer kein ausreichendes Einkommen erbringen. Deswegen wird bei den Flurbereinigungsverfahren mehr und mehr Wert darauf gelegt, zu kleinen Betrieben die Möglichkeit zur Aufstockung durch Kauf oder Zupacht zu geben.

Ein Blick in die Betriebsgrößenstatistik lehrt, daß nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1949 von rund 2 Mill. (1 978 090) Betrieben mit landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) rund 582 000 nur über eine Fläche von 0,5 bis 2 ha, weitere 523 000 Betriebe auch nur über 2 bis 5 ha LN verfügen. Beide Gruppen zusammengefaßt umfassen 56 % der Betriebe, die 15,8 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften. Der größte Teil dieser Betriebe bietet für die Bauernfamilie nur dann eine auskömmliche Existenz, wenn die natürlichen Verhältnisse den Anbau von Spezialkulturen zulassen oder wenn gesicherte Nebenverdienstmöglichkeiten gegeben sind (Nebenerwerbsbetriebe). In ähnlicher Lage befindet sich auch ein Teil der Betriebe zwischen 5 und 10 ha in den zahlreichen Mittelgebirgslagen mit weniger günstigen Boden- und Klimaverhältnissen. Insgesamt haben im Jahre 1953 570 000 Betriebsleiter einen anderen Hauptberuf als Landwirt innegehabt. Die Zahl der sonstigen Nebenerwerbsbetriebe ist statistisch nicht erfaßt.

Die Nebenerwerbsbetriebe haben eine große soziale Bedeutung, weil sie ihren Besitzern eine Verbesserung ihres Lebensstandards und Schutz in Zeiten wirtschaftlicher Krisen bieten. Sie sind daher zu befürworten. Allerdings sind ihre Flächen im Vergleich zur vorhandenen Arbeitskraft — oft nur die der Ehefrau des anderweitig tätigen Betriebsinhabers — häufig zu groß und werden daher besonders bei gutem Ver-

dienst außerhalb der Landwirtschaft häufig nicht rationell bewirtschaftet. In solchen Fällen ist eine Verringerung in Form von Verkauf oder Verpachtung eines Teiles der Betriebsfläche zur Aufstockung von zu kleinen landwirtschaftlichen Betrieben sehr erwünscht.

Soweit in den Betriebsgrößen von 2 bis 5 ha und teilweise bis zu 10 ha keine Sonderkulturen angebaut werden können und keine Nebenverdienstmöglichkeiten bestehen, sind sie die Sorgenkinder der Agrarpolitik. Unter ökonomischen Gesichtspunkten kann ihnen nur durch Aufstockung ihrer Fläche auf eine wirtschaftliche Größe geholfen werden. In dieser Richtung verliefen teilweise schon die in den letzten 20 Jahren eingetretenen Betriebsgrößenveränderungen. Im Zeitraum von 1933 bis 1949 nahm die Betriebsgrößenklasse 2 bis 5 ha LN um 42 614 Betriebe ab bei einem Rückgang der bewirtschafteten Fläche von insgesamt 124 060 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Betriebsgrößengruppe 5 bis 10 ha verlor zwar noch einige Betriebe, erhielt aber einen Landzuwachs von 46 706 ha LN. Damit stieg die Durchschnittsfläche je Betrieb in dieser Gruppe. Die Betriebsgrößengruppe 10 bis 20 ha hatte einen Zuwachs von 20 861 Betrieben und einen Flächenzuwachs von 298 305 ha LN. Auch die Betriebe von 20 bis 50 ha LN nahmen zahlenmäßig um 4 599 zu, die landwirtschaftliche Nutzfläche erhöhte sich um 136 699 ha.

Betriebsgrößenveränderungen zwischen 1933 und 1949

Betriebsgrößenkl. in ha	Veränderungen der Anzahl der Betriebe seit 1933		Veränderungen der LN seit 1933	
	absolut	in %	absolut in ha	in %
bis 2	+ 35 311	+ 7	+ 9 670	+ 2
2-5	- 42 614	- 7	- 124 060	- 6
5-10	- 333	± 0	+ 46 704	+ 2
10-20	+ 20 861	+ 8	+ 298 305	+ 9
20-50	+ 4 599	+ 4	+ 136 699	+ 4
50-100	- 621	- 5	- 41 768	- 4
über 100	- 380	- 11	- 123 230	- 18
Insgesamt	+ 16 823	+ 1	+ 202 300	+ 2

Quelle: Agrarsoziale Gesellschaft e. V., Vergrößerung landwirtschaftlicher Betriebe, April 1954 (im Manuskript vervielfältigt).

Die seit 1933 zu verzeichnenden Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur können zu einem Teil als Erfolg der Siedlungspolitik der Nachkriegszeit betrachtet werden. Sie zeigen jedenfalls bereits eine Zunahme der kleineren Nebenerwerbsbetriebe (bis 2 ha LN) und eine Verringerung der Zahl und der Flächen der zu großen Nebenerwerbsbetriebe. Andererseits haben vor allem die Betriebe von 10 bis 20 ha LN, die im allgemeinen eine selbständige Existenz darstellen, zahlenmäßig einen beachtlichen Zuwachs erfahren und vor allem auch ihre Durchschnittsgröße erhöhen können. Wenn sich eine ähnliche Entwicklung auch noch in der Betriebsgröße 20 bis 50 ha, also im mittelbäuerlichen Bereich, fortsetzte, so deutet das darauf hin, daß Zuerwerb oder Zupachtung für Betriebe über 20 ha leichter aus eigener Kraft zu bewerkstelligen ist als für kleinere Betriebe. Daher soll die Entwicklung zur Aufstockung zu kleiner Betriebe durch Bereitstellung verbilligter Kredite verstärkt werden. Voraussetzung für die Gewährung von Staatshilfe soll aber auch hier die Initiative und die Mit-

wirkung des Bauertums sein. Die Freiheit der Entscheidung soll auf jeden Fall unangetastet bleiben. Auch lassen sich keine starren Normen dafür aufstellen, bei welcher Betriebsgröße eine Aufstockung erforderlich ist, weil diese Frage je nach den natürlichen Voraussetzungen und der Größe der Bauernfamilie verschieden beantwortet werden muß. Auch die Ergebnisse der Dorfuntersuchungen der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie¹⁾, nach denen die Einkommen in Kleinbetrieben zwischen 2 000 und 15 000 DM gestreut sind und ihre Höhe nur in loser Beziehung zur Flächengröße und zum Einrechnungswert je ha steht, sprechen gegen die Festsetzung starrer Normen.

Möglichkeiten zur Aufstockung zu kleiner Betriebe ergeben sich vor allem im Rahmen der Flurbereinigung und der Siedlung. Nach den bisherigen Erfahrungen fallen bei der Flurbereinigung durchschnittlich 5 % der jährlich flurbereinigten Fläche für die Aufstockung an. Ebenso wird für diesen Zweck bei der Landgewinnung im Zuge der ländlichen Siedlung, insbesondere bei Kultivierung von Moor- und Odland, ein Teil der Flächen in Form der Anliegersiedlung vergeben.

Neben der Flurbereinigung und der Aufstockung wird der ländlichen Siedlung im Rahmen des Agrarprogramms der Bundesregierung großer Wert beigemessen. Durch das Bundesvertriebenengesetz und das Gesetz zur Förderung der ländlichen Siedlung ist der Bund verpflichtet, erhebliche Beträge aus Haushaltsmitteln für die Eingliederung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen und die Ansetzung insbesondere von nachgeborenen Bauernsöhnen, Landarbeitern und Pächtern bereitzustellen. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge geschieht nicht nur durch Übergabe neu gebildeter Siedlerstellen, sondern auch durch die Ermöglichung des Erwerbs bestehender landwirtschaftlicher Betriebe im Wege des Kaufes bzw. der Pacht. Insgesamt sind seit 1945 bis Ende 1953 zur Ansetzung von Vertriebenen und Flüchtlingen sowie von Einheimischen rund 70 000 Stellen bereitgestellt worden. Das Siedlungsprogramm der Bundesregierung für 1954 sieht die Ansetzung von Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Einheimischen auf rund 19 000 Stellen mit einer Gesamthöhe von über 90 000 ha vor. Für diese 19 000 Stellen werden im Rechnungsjahr 1954 an Darlehen und Beihilfen aus Haushaltsmitteln des Bundes und der Länder sowie aus Lastenausgleichsmitteln 580 Mill. DM aufgewendet werden. Mit einer weiteren Steigerung der Siedlungsergebnisse in den nächsten Jahren kann gerechnet werden.

SENKUNG DER BETRIEBSMITTELPREISE

Eine erfolgreiche Durchführung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur wird in der Masse der bäuerlichen Betriebe wesentliche Voraussetzungen für eine zunehmende Steigerung ihrer Leistungskraft und eine Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Dabei wird die innerbetriebliche Rationalisierung der Landwirtschaft um so bessere Ergebnisse auf-

¹⁾ Berichte über Landwirtschaft, 158. Sonderheft, Verlag Parey, Hamburg 1953.

weisen, je mehr es gelingt, durch Ausbau der Wirtschaftsberatung und Verbesserung der Fachbildung die Erkenntnisse der landwirtschaftlichen Forschung an alle Betriebe heranzubringen. Die durch eine derartige Produktivitätssteigerung erzielte Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sollte jedoch wirksam ergänzt werden durch eine Senkung der Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Erfreuliche Ansätze hierzu sind bereits vorhanden und berechtigen zu der Hoffnung, daß angesichts der steigenden Arbeitsproduktivität in der Industrie, unter Ausnutzung der Mengenkonjunktur, durch Typenbereinigung und Auflegung von Großserien, wie zum Teil bei Landmaschinen, auch bei Düngemitteln, Baustoffen, Treibstoffen etc. Preisnachlässe eintreten werden.

Die Forderung nach verstärkter Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe bedeutet ein erhebliches Investitionspotential, an dessen beschleunigter Mobilisierung auch der Industrie gelegen sein wird. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge hat wohl dazu beigetragen, daß das Agrarprogramm der Bundesregierung, insbesondere die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, auch in der gewerblichen Wirtschaft weitgehend Zustimmung gefunden hat. In der Tat handelt es sich bei der Verwirklichung dieses Programms keineswegs um eine einseitige Maßnahme zugunsten der Landwirtschaft, sondern um einen grundlegenden Beitrag zu einer weiteren günstigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

STAATSHILFE UND SELBSTHILFE

Wie bereits bei Behandlung der Flurbereinigung und der ländlichen Siedlung gezeigt wurde, ist die Durchführung des Agrarprogramms der Bundesregierung in erheblichem Umfang abhängig von der Bereitstellung entsprechender Finanzierungsmittel. Soweit diese in Form von Krediten benötigt werden, stand ihrer

Beschaffung bisher vielfach der für langfristige Anlagen in der Landwirtschaft zu hohe Zinssatz von durchschnittlich 8 % entgegen. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung für das Jahr 1954 16,275 Mill. DM an Zinsverbilligungsmitteln bereitgestellt, die der Landwirtschaft den Einsatz von etwa 400 Mill. DM Kapitalmarktmitteln zu tragbaren Zinssätzen ermöglichen. Insgesamt sind zu energischer Inangriffnahme des Agrarprogramms der Bundesregierung, insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur 1954, aus dem Bundeshaushalt und sonstigen Finanzierungsquellen nach Mobilisierung der erwähnten 400 Mill. DM aus dem Kapitalmarkt über 900 Mill. DM verfügbar. Voraussetzung für den Einsatz dieser Mittel ist jeweils die Bereitschaft des landwirtschaftlichen Berufsstandes zur Selbsthilfe und Mitarbeit. Staatshilfe und Selbsthilfe müssen sich also in der Lösung der Probleme der Landwirtschaft ergänzen. Das hat die Landwirtschaft auch erkannt und betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, jenseits jeden Zwanges von sich aus die wichtigsten Probleme, vor allem die Verbesserung der Agrarstruktur, die innerbetriebliche Rationalisierung, die weitere Steigerung der Qualität ihrer Erzeugnisse und eine Verbesserung der Absatztechnik anzupacken.

Wenn somit nach zwei Jahrzehnten, in denen die der Landwirtschaft gestellte Hauptaufgabe darin bestand, größere Mengen zu produzieren, die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zum Haupterfordernis wird, so kann diese große Aufgabe nur gemeistert werden, wenn sich in Stadt und Land, in Landwirtschaft und Gewerbe das Bewußtsein immer stärker durchsetzt, daß beide sich ergänzende und aufeinander angewiesene Glieder der Gesamtwirtschaft sind, und wenn der Wille zum Ausgleich und zum Miteinander der einzelnen Berufsstände zum Wohle des Volksganzen zur Tat wird.

Summary: Agrarian Policy on a New Course. In this article, the Federal Minister of Agriculture gives an outline of the principal aims of his policy. After a brief description of post-war developments in Germany, he sets out the reasons why it is necessary to retain a market order for West German farming produce. This order is an organic component of the policy of a social market-economy and can well be reconciled with the exigencies of the overall economy, to which agrarian policy has also to have regard at all times. But more important in his opinion is a long-range improvement of the structure of farming and thus an improvement of its competitive position, mainly through a re-distribution of the land and a rationalization of the methods of production. The farmers' willingness to help themselves, on which the success of all promotional measures depends, is regarded as the precondition for the input of public funds.

Résumé: La politique agricole de la République Fédérale. Dans l'article présent le Ministre de l'agriculture expose les principes fondamentaux et les buts définitifs de sa politique. Ayant retracé l'évolution survenue en Allemagne depuis 1945, le Ministre insiste sur la nécessité de maintenir un système de réglementation pour l'agriculture de la République Fédérale. Il définit cette réglementation comme élément "organique" de la politique de l'économie de marché sociale, en soulignant qu'il est possible d'harmoniser une réglementation pareille avec les revendications d'une économie prise dans son ensemble, et à laquelle toute politique agricole doit toujours avoir égard. Le Ministre qualifie d'importance suprême une amélioration à long terme de la structure agricole, afin qu'on puisse réaliser une augmentation de la capacité, et du rendement, et de supporter la concurrence. Comme moyens appropriés le Ministre recommande le remembrement parcellaire et la rationalisation des méthodes de production. La condition préalable pour l'emploi de moyens publics serait la disposition de l'agriculture de mobiliser ses moyens et ressources propres.

Resumen: La política agraria saltando la valla. En este artículo el Ministro Federal de Agricultura da una exposición de los principios e intentos de su política. Después de haber hecho una breve descripción de la evolución en Alemania siguiente la guerra, exhibe la necesidad de mantener un reglamento de mercados para la agricultura del Alemania occidental. Que es aquel orgánica parte integrante de una política persiguiendo la economía de mercado social, y que puede acordarse perfectamente con las exigencias de la economía general, la cual la política agraria también siempre habrá de considerar. Pero, que más importante es un mejoramiento a plazo largo de la estructura agraria y por allí una extensión de la capacidad de competir, principalmente por medio de disposiciones para la mejora de la campaña y para la racionalización de los métodos de producción. Que la presuposición para la investidura de fondos públicos es la prontitud por parte de los agricultores en ayudarse ellos mismos, la que es el elemento decisivo en todas medidas de beneficio.